

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN  
Studierendenparlament  
**Unter den Linden 6**  
10099 Berlin  
**Präsidium**  
Tel: +49-30-2093-2603 / -2614  
Fax: +49-30-2093-2396  
**mailto: praesidium@stupa.hu-berlin.de**  
www.stupa.hu-berlin.de



## **Protokoll der 5. Sitzung des 18. Studierendenparlaments, 20. Oktober 2010**

**Sitzungsleitung: Benjamin, Maxi, Johannes, Lisa**

**Beginn: 18:52 Uhr**

### **1. Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung**

Anmerkungen zur vorliegenden Tagesordnung vom Präsidium  
5.5 auf Antrag als 5.0

Tagesordnung p.A. angenommen

### **2. Bestätigung des Protokolls der 4. Sitzung des 18. StuPa vom 12. Juli 2010**

p.A. angenommen

### **3. Mitteilungen und Berichte**

#### **3.1 Mitteilungen des Präsidiums**

Erinnerung: Mandatsverlust nach dreimaligem unentschuldigtem Fehlen

#### **3.2 Bericht des RefRats von Anika (ÖfRef)**

**Frauen:** Sonja eingearbeitet und Entwicklung erster inhaltlicher, gemeinsamer Projekte; an feministischen Vernetzungstreffen beteiligt (z.B. auf HU-Ebene zum Themenkomplex Gleichstellungspolitik); Vorbereitung der studentischen Frauen-Vollversammlung

**Soziales:** Stellenausschreibung koordiniert (zum 1.11.2010 eine Stelle in der Enthinderungsberatung innerhalb des SSBS neu besetzt); Druck und Verteilung des neuen SSBS-Flyers, bei Bedarf können Exemplare im RefRat abgeholt oder per Mail beim Sozialreferat angefordert werden

**Kultur:** Semestereröffnungsparty für 29.10. in Planung; vage Planung für die nächsten Monate im Fall der Wiederwahl

**Öfref:** Redaktion des neuen stud\_kals, sowie dessen Produktion organisiert; Prospektständer mit Infomaterial für das Foyer im Hauptgebäude beantragt, aufgebaut und ausgestattet; Aushänge neu beschildert; mit Erstie-AG zwei ErstsemesterInnen-Einführungsveranstaltungen über die studentische Selbstverwaltung und die akademischen Verwaltungsorgane organisiert und abgehalten (in Adlershof und in Mitte); ein Infomarkt für den 27.10. für ErstsemesterInnen wird organisiert; mehrere Treffen mit Herr Richter aus der Öffentlichkeitsabteilung der Uni abgehalten (zur besseren Internetpräsenz der stud. Selbstverwaltung und der Erstie-AG), die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen

**FaKo:** Bescheinigungen über Fachschaftsarbeit ausgestellt; Internetpräsenz aktuell gehalten; Treffen mit Herr Schwalgin und Herr Gadow von der technischen Abteilung, welches die Kopierer-Situation am Campus Mitte zum Thema hatte; auserordentliche FRIV für 10.11. angesetzt, RefRat bei Organisation und Durchführung von ErstsemesterInnen-Angeboten unterstützt

**StuKi:** mit Geschichte des Kinderladens beschäftigt; Vorbereitungen zum 15jährigen Jubiläum des Kinderladens begonnen und fast abgeschlossen (Einladungen und Pressemitteilungen in Vorbereitung); Erneuerung einiger Ausstattung im Kinderladen und Grundreinigung der Räumlichkeiten wurden veranlasst; weitere Planungs- und Besprechungen wegen dem Umzug aus der Monbijoustr. 3; Finanzierung der Betreuung im Kinderladen in der Vorlesungsfreien Zeit durchgesetzt (nur noch eine Schließzeit von 2 Wochen); vermehrt Beratungssuchende betreut

*AntiRa*: an Veranstaltung mit dem Thema "Studium als Ausländer in Deutschland" des Antira-Referates der Fachhochschule Wismar teilgenommen und als Referent gesprochen

*Finanzen (Dani)*: Abrechnung für den Kinderladen "Die Humbolde" für 2009 fertiggestellt; um neue Titelverwaltung im Semesterticketbüro gekümmert; meiste Zeit mit VBB und S-Bahn verbracht: Klärung zu angefallenen Verzugszinsen für die Semesterticketgebühren geleistet; Verteilung der Verrechnungsschecks an die Studierenden übernommen, damit verbunden Mails geschrieben, sehr viele Telefonate geführt, persönliche Betreuung der Studierenden übernommen und große Kommunikationsarbeit geleistet; aktuelles auf der RefRat-Seite immer wieder aktualisiert; Deadline für die Schekabholung ist nächste Woche

*Publikation*: mit Vorbereitung der neuen Ausgabe der HUch!, Nr.66 beschäftigt

*Öko*: bereitet eine studentische Tagung zum Thema "Rechte Biopolitik" vor, diese soll im Sommer 2011 stattfinden

*HoPo*: 1. Exzellenzinitiative: Kurzantrag zum 30. August von Unileitung abgegeben ohne Diskussionsmöglichkeit für zuständige Gremien, erst nach Skizzenabgabe im AS vorgestellt (übliche Cluster und Graduiertenkollegs, zusätzlich ein Zukunftskonzept mit eingebetteter Verfassungsreform der HU, die mehr Macht an die Dekane und das Präsidium geben soll, entsprechen den Gremien entzogen wird); 2. uni-extern VV des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren (ABS): neue Geschäftsführung konnte nicht gewählt werden, neuer Förderverein konnte nicht gegründet werden; neue Sitzung für erstes November Wochenende geplant; z.Z. finanzielle Unsicherheit durch den Ausstieg des Freien Zusammenschlusses der Studierendenschaften problematisch; RefRat wird weitere Entwicklungen begleiten und sich nach Möglichkeit aktiv einbringen; 3. BerlHG: Novelle wurde am Anfang der Semesterferien verschickt, seit dem arbeiten die einzelnen Strukturen, wie auch die Landes-Asten-Konferenz inhaltlich daran

*PM & Datenschutz*: zusammen mit Referat für Studieren mit Kind(ern) um eine Ausarbeitung des Konzeptes für eine Kindertagesstätte der Verfassten Studierendenschaft gekümmert. Erste Schritte zur Umsetzung bereits unternommen (z.B. Gespräch mit Uni-Präsidium); Umzug in die Monbijoustr. weiter betreut; überarbeitete PM-Artikel für den stud\_kal; weitere Planung für eigene Publikation; unterstützte HisKom; im Bereich Datenschutz weitergebildet; an einem Artikel zur neusten Rechtsprechung zur Vorratsdatenspeicherung mitgearbeitet

*Antifa (Anton)*: Zusammenarbeit mit Referat für Internationalismus, neuer Co-Referent eingearbeitet, Arbeit für historische Kommission (zweite Tafel), Broschüre zur Aufklärung über die Büso, Kranz für 9. November bestellt

*LuSt (Imke)*: lustigere Einklageberatung (verstärktes Zulassungschaos: mehrere Einzelfälle), Beratung zu Prüfungsfragen und anderem bzgl. LuSt., Hilfe bei Erst-SemesterInnen-Veranstaltungen, Sprechstunde in Adlershof eingerichtet, offen für Fragen zur BrLHG-Novelle

### **3.3 Weitere Berichte**

*Claudia (Erstie-AG)*: verschiedene Veranstaltungen organisiert, in Mitte sehr gut angenommen, in Adlershof eher nicht, World-Cafe am 27.10. 12-16:00  
Nachfrage Constantin (RCDS): Hinweise auf politische Aktivitäten an der Hochschule?

*Micha (HisKom)*: Ausstellung hat noch Zukunft, es wird noch gearbeitet, Freiwillige fehlen immer noch; Finissage auf 9.12. verschoben; Hilfen gern gesehen (Archiv, Lektorieren), [www.humboldt2010.de](http://www.humboldt2010.de), dort wesentliche Inhalte der Ausstellung, spätestens nach Ende der Ausstellung zu finden.

## **4. Wahlen und Bestätigungen.**

Wahlkommission: Hartmut (Grünboldt), Christoph (ALJ/BW), Sven (BuF)

### **4.1 Referat für Kultur**

Johannes und Tina stellen sich kurz vor

Sven(BuF): was versteht ihr unter einer fragwürdigen Veranstaltung?

Johannes: polit. fragwürdige Inhalte, wie die vom AntiRa-Referat erwähnten

Tina (Haupt-Referentin): 31/5/8 --> gewählt (Quorum 23), angenommen

Johannes(Co-Referent): 29/11/5 --> gewählt (Quorum 24), angenommen

#### **4.2 Bestätigung Frauenpolitisches Referat**

Esther und Sonja stellen sich kurz vor

Bestätigung: viele/1/4 --> bestätigt

#### **4.3 Kommissarische Verlängerung Referat Studieren mit Kind(ern)**

Alex begründet die Verlängerung (viele neue Eltern, alles noch ziemlich durcheinander)

viele/-/2 --> einmütig verlängert

#### **4.4 Studentischer Wahlvorstand**

Kandidaten stellen sich vor: Anna, Sabine, Sophie.

Micha:

*Hohes Haus, verehrte Neider  
darf's nicht lassen, muss noch - leider -  
ausharren auf diesem Posten  
und zur Vermeidung weiterer Kosten  
getreulich meines Amtes walten  
eingedenk manch tiefer Falten  
schnell den Nachwuchs einarbeiten  
mit ihm die Wahlen vorbereiten  
damit - soweit die frohe Kunde -  
mein Rücktritt kommt zur rechten Stunde  
Drum bitt ich euch in diesem Sinne  
gebt mir noch einmal eure Stimme*

Claudia(BuF): Wahlbeteiligung erhöhen? Konkrete Ideen?

Anna: Bekanntheitsgrad erhöhen, so angenehm wie möglich die Wahl gestalten  
(Quorum 23)

Anna: 36 --> gewählt, angenommen

Sabine: 35 --> gewählt, angenommen

Sophie: 38 --> gewählt, angenommen

Micha: 38 --> gewählt, angenommen

### **5. Anträge**

#### **5.5 5.0 RefRat: Kindergarten**

Marie (Grünboldt): stellt Antrag vor, Konzept wurde der Uni-Leitung schon vorgestellt. Bitte um Unterstützung

Benjamin (Grünboldt): Nachhaltigkeit? Gutscheine, wie trägt sich das nach dem Anschubdarlehen?

Alex (StuKi): pro Kind und Dauer wird dem freien Träger ca. 93% Prozent des Kita-Gutscheins gutgeschrieben, zur Finanzierung. Die Einrichtung muss natürlich schon da sein, bevor die Kinder kommen.

Marie (Grünboldt): über die Gutscheinformanzierung wird auch das Darlehen zurück gezahlt.

Timo (Jusos): findet das Projekt echt toll (vor allem auch 4. Punkt), Nachfragen:

Verhandlungen mit HU? Zeitplan? Wer soll Träger des Kindergartens werden?

Marie (Grünboldt): mit stud. Vertretern wird schon gesprochen, damit beim Studentenwerk klar wird, dass es nicht als Konkurrenz gedacht ist, wird nächste Woche im Verwaltungsrat besprochen; Träger: vorläufiger Entwurf, wie so etwas laufen kann, ist aber auch davon abhängig, wie die Verhandlungen mit der HU laufen; Zustimmung von Herr Eubers signalisiert;

Alex (StuKi): Finanzplan kommt, wenn es dann aktuell wird, bekommen dann alle, es geht jetzt aber noch nicht um das Geld

viele/-/- --> einstimmig angenommen

- I. *Das StuPa nimmt das Träger- und pädagogische Konzept der Interessengemeinschaft Kindergarten zustimmend zur Kenntnis. Es stellt fest, dass es auch einem zum Zwecke der Übernahme der Träger- und/oder Betreibereigenschaft des Kindergartens gegründeten gemeinsamen Vereinigung aus Verfasster Studierendenschaft und Humboldt-Universität zu Berlin unterstützen würde. Dabei ist sicher zu stellen, dass die Interessen der studentischen Selbstverwaltung, insbesondere auch im Hinblick auf die weiteren Mitnutzer\_innen im Hedwig-Dohm-Haus, angemessen repräsentiert und gewahrt werden.*
- II. *Das StuPa beauftragt die Interessengemeinschaft mit der Entwicklung konkreter Planungen und den notwendigen Absprachen mit der Universität, um das Konzept zügig umzusetzen. Es soll über den Fortgang des Projekts regelmäßig berichten.*
- III. *Das StuPa erklärt seine grundsätzliche Bereitschaft, im Falle einer Realisierung des Konzepts und bei entsprechender Beteiligung der Universität ein zinsloses Darlehen als Anschubfinanzierung für den Betrieb des Kindergartens zur Verfügung zu stellen.*
- IV. *Das StuPa ersucht die Mitglieder der akademischen Selbstverwaltung, die Umsetzung des Projekts in Verantwortung der Verfassten Studierendenschaft durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen und zu begleiten. Die studentischen Mitglieder im Verwaltungsrat des Studentenwerks werden gebeten, diesem gegenüber darauf hinzu wirken, dass die Konkurrenzstellung hinsichtlich des Objekts in der Ziegelstraße 5-9 aufgegeben wird.*

### **5.1 FRIV: Satzungsänderung Fachschaftsinitiativen**

Zählung der Anwesenden etwa 44

Florian (FaKo): kurze Worte zu Rückfragen und Entwicklung der vorliegenden Version, Gleichstellung der Fachschaftsinitiativen

Johannes (FinRef): in die Finanzordnung müsste dann noch eine Änderung bzgl. eines Stichtages, ab dem mit dem Budget gearbeitet werden kann, weil zwischendurch nicht einfach Finanzmittel geändert werden können.

41/-/3 --> angenommen

*Das Student\_innenparlament möge folgende Änderungen in der Satzung der Student\_innenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin beschließen:*

- *Absatz V. Fachschaftsräte und Fachschaftsräteversammlung wird in V. Fachschaftsvertretungen geändert.*
  - *Die Überschrift von § 14 Fachschaftsräte wird mit und Fachschaftsinitiativen ergänzt.*
  - *In § 14 wird neu (6) Wird in einer Fachschaft kein Fachschaftsrat konstituiert, können auch nicht konstituierte zur allgemeinen Mitarbeit offene Fachschaftsinitiativen vom StudentInnenparlament als vertretungsberechtigt gegenüber den Organen der StudentInnenenschaft anerkannt werden. Die Anerkennung kann einzeln oder grundsätzlich auf die Fachschaftsräte- und -initiativenversammlung übertragen werden. eingefügt. Der alte Abs. 6 wird entsprechend neu Abs. 7.*
  - *§ 15 Fachschaftsräteversammlung wird in § 15 Fachschaftsräte- und -initiativenversammlung geändert.*
- Ebenso wird in § 15 (1) und (3) Fachschaftsräteversammlung in Fachschaftsräte- und -initiativenversammlung geändert.*

### **5.2 FRIV: Anerkennung von Fachschaftsinitiativen**

Florian (FaKo): stellt den Antrag kurz vor

Lisa (LuSt): findet es merkwürdig, wenn Fachschaften andere Fachschaften oder Inis

anerkennen wollen, sind ja jetzt auf der gleichen Ebene

Micha: hypothetischer Konflikt, AA

Benjamin (Grünboldt): Fachschaftsinitiativen werden im offiziellen Haushalt nicht geführt. Je mehr Inis, desto weniger Geld bekommt die einzelne, was die Anerkennungen anderer einschränken wird. Schöner: auf Vorschlag der FRIV vom StuPa bestätigt

Marie (Grünboldt): schließt sich dem Gesagten an. Es besteht auch keine Notwendigkeit zu dem Antrag. Ein Mal im Monat tagt das StuPa und kann Initiativen anerkennen, hat bisher keine Probleme gemacht.

Marco (BuF): wo ist das Problem? Es wird keine Explosion geben.

Silvia (LuSt): momentan wirklich eher ein Rücklauf. Es wird den Fachschaften auch nicht erschwert, in dem sie vor das StuPa treten, sondern es wird der Interessenkonflikt genommen

Rafael (FachiniGeschichte): FRIV und FaKo am besten geeignet, daher das Verfahren bei der FRIV zu belassen. Aber man könnte die Möglichkeit einräumen, beim StuPa Einspruch einzulegen

Lisa (LuSt): wenn wir zustimmen, belassen wir nicht die Kompetenz, sondern übertragen sie. Wenn eine Anerkennung nicht statt findet, würden wir auch nicht benachrichtigt werden, weil über nicht-Anerkennung wahrscheinlich keine Information geliefert wird

Timo (Jusos): gleiche-Ebene-Argument sehe ich auch so, höhere Kompetenz der FRIV ist nicht unbedingt gegeben. AA: letzte beide Sätze streichen. Entscheidung sollte im StuPa statt finden.

Silvia (LuSt): VV wäre der richtige Ort für solche Entscheidungen

Sven (BuF): es gäbe ein ziemliches Toubabou, wenn jeder eine Ini gründen könnte und Mangel an fähigen Mitgliedern würde verschärft werden

Florian (FaKo): worst case: wo ein Fachschaftsrat sich konstituiert hat, dort gibt es nur einen Fachschaftsrat, Gruppen können dort nur integriert werden, bekommen aber kein extra Geld. Also nur in einem Bereich, wo es keinen Fachschaftsrat gibt, kann dieser Beschluss greifen.

Bsp.: Faschaftsini Lehramt: hier wurde eine gute Lösung gefunden, ohne jemandem Geld abzuzweigen. Alternativvorschlag von Micha ist akzeptabel. Geld spielt aber garantiert keine Rolle.

Marie (Grünboldt): sieht Bedenken nicht wirklich ausgeräumt, gerade auch strukturelle Gründe. FaKo hat sich in kurzer Zeit ziemlich verändert, kann also auch anders kommen. Kompetenz sollte nicht der FRIV übertragen werden. FRIV ist relativ schnell mit relativ wenig Leuten beschlussfähig. Kompetenz ist hier überblicksmäßig besser gegeben. VV wäre auch akzeptabel. Aufbau der Strukturen ist auf Kooperation aus und das wird möglicherweise dadurch gefährdet.

Lisa (LuSt): Notwendigkeit für diesen Antrag ist nicht erkennbar, es kommen keine neuen Argumente mehr, bitte abstimmen.

Timo (Jusos): Übertragung und VV ist eine schöne Idee, das an die Studierenden zu geben

Florian (FaKo): negatives Stimmungsbild, wir ziehen den Antrag erst mal zurück, Anregungen, auch ganz konkrete, zur Weiterentwicklung erwünscht!

Silvia (LuSt): Initiativen anerkennen ist doch sinnvoll, aber so wie es momentan formuliert ist, greift es nicht alles

### **5.3 Grünboldt: Recyclingpapier**

Robin (Grünboldt): kurz noch mal zum Antrag

Virginia (RCDS): wo war der Haken, warum wurde bisher noch kein Recyclingpapier benutzt?

Lisa (LuSt):GO sofortige Abstimmung

viele/-/5 --> angenommen

*Das Studierendenparlament fordert die Dekan innen der HU dazu auf, dafür zu sorgen, dass an ihren Fakultäten ausschließlich Recyclingpapier verwendet wird. Des Weiteren muss darauf geachtet werden, dass Kopiervorlagen für Reader nur an Kopierläden gereicht werden, die das Drucken und Kopieren auf Recyclingpapier ermöglichen.*

*Außerdem fordert das Studierendenparlament die Technische Abteilung der HU auf, bei zukünftigen Vergabeverfahren für die Kopierplätze an der HU von den Betreiber\_innen zu verlangen ausschließlich Recyclingpapier für die Kopiergeräte zur Verfügung zu stellen.*

#### **5.4 BuF: RefRat-Berichte**

Rafael (BuF): stellt den Antrag vor

Lisa (LuSt): im Antrag steht was anderes: der Versuch dem RefRat vorzuschreiben, wie die Rechenschaftsberichte vorliegen müssen. Das kann nur eine Bitte sein, sonst nicht haltbar.

Johannes (Trackliste): ÄÄ

Silvia (LuSt): gegen den Antrag. Es ändert nichts über die Verteilung der Informationen. Neun Tage vorher verschicken, da gehen Informationen verloren. Nur der Turnus würde verändert werden. Antrag ist überflüssig

Peter (Bildungstreikliste): aus Befangenheit sollten sich alle enthalten. Trägt auch nicht zur Beschleunigung des Vortragens bei.

Gerrit (Jusos): auch dagegen. Zieht die Sitzung weiter in die Länge. In neun Tagen kann immer viel passieren.

GO sofortige Abstimmung, Gegenrede: die Sitzungen sind öffentlich

GO: viele/einige/weniger --> sofortige Abstimmung

Rafael zieht Antrag zurück wegen negativem Stimmungsbild

#### **5.6 Monarchisten: GO\_Änderung bzgl. Namentliche Abstimmung**

Antrag zurückgezogen, wegen wahrscheinlich nicht vorhandenen 40 Leuten.

#### **5.7 Jusos, LuSt, Ewig Und 3 Tage: BerlHG-Novelle**

Gerrit (Jusos): stellt Antrag vor. Es wird noch einen Link geben zu dem Gesetzesentwurf. Das StuPa soll sich positionieren, gegenüber Senat, gegenüber Hochschulleitung

Constantin (RCDS): habe die Novelle noch nicht gelesen, möchte mich nicht inhaltlich dazu äußern. Das ist nicht die Meinung des ganzen StuPa. Nicht zustimmen, vorher lesen

Silvia (LuSt): spannendes Verständnis von Demokratie

Steffie (BuF): danke für eure Arbeit. Leider fehlen die Belege etwas, sollte aber trotzdem gebracht werden, nur vielleicht klarer.

Alex (Monarchisten): Frage zum Antrag: zu kurze Fristsetzung zu Zöllners Vorschlägen, wäre es da nicht sinnvoll eine Fristverlängerung einzufordern?!

Imke (Jusos): es ist dringlich, das wichtige ist, dass eine Stellungnahme durch das StuPa an die Senatsverwaltung geht. Leider etwas kurzfristig, daher problematisch für Inhalt, aber nicht alles streichen. Inhaltliche Fragen zum BerlHG gerne auch jetzt an sie

Tobi (LiLi): Antrag sollte so belassen werden, auch wenn an einigen Stellen mehr möglich wäre. BerlHG ist Wunschprogramm der Hochschulleitung, Argumente der Studierenden werden völlig ignoriert

Micha: BerlHG stärkt die Rechte der Lehrenden bedeutend, man sollte irgendwo einfügen, sich für die Rechte der Teilzeitstudierenden einzusetzen. Ergänzung dahingehend. ÄÄ1

Gerrit (Jusos): StuPa ist dem Akademischen Senat nicht rechenschaftspflichtig, es handelt sich um eine Stellungnahme nicht um eine Neuschreibung des BerlHG.

Alex (Monarchisten): liest ÄÄ2 vor

Lisa (LuSt): Am Ende vllt. ungünstig. Wäre nur ein erster Schritt, klingt aber, als ob es eine Schlussfolgerung aus dem ganzen wäre.

Constantin (RCDS): sieht auch doof aus: fertige Stellungnahme UND Fristverlängerung

ÄÄ2: 5/einige/einige --> abgelehnt

ÄÄ1: ist vom Antragsteller übernommen

Stellungnahme: viele/3/2 --> so angenommen

*Das Student\_innenparlament der HU äußert sein Befremden über die Art und Weise der Überarbeitung des Berliner Hochschulgesetzes. Nachdem erst über Jahre hinweg Novellen angekündigt und dann doch nicht erstellt wurden, soll jetzt anscheinend im Schnellverfahren doch noch eine sogenannte "kleine" Novelle bis zum Ende der Legislaturperiode durchgepeitscht werden. Es ist bezeichnend, dass Betroffene während der Erstellung des ersten Entwurfs, der den Rahmen der angekündigten "kleinen Anpassungen" deutlich sprengt, nicht gehört wurden, sondern erst jetzt angehalten sind, Stellungnahmen abzugeben. Wohl in der Hoffnung, dass die befürchteten kritischen Stimmen aus den Student\_innenschaften so ausbleiben würden, wurde der Entwurf erst nach Beginn der Vorlesungsfreienzeit verschickt und die Frist für Stellungnahmen auf Ende Oktober angesetzt. Da davon auszugehen ist, dass die Senatsverwaltung weiß, dass die Semesterferien und der Wiederbeginn der Vorlesungszeiten sowohl für die Student\_innenschaften als auch für die Hochschulen als Ganze mit viel Arbeitsaufwand verbunden ist, kann mensch nur schlussfolgern, dass hier potentielle kritische Rückmeldungen nach Möglichkeit ausgeschaltet werden sollten.*

*Das StuPa der HU verurteilt dieses undemokratische Verhalten.*

### **Kritisches Studium erhalten und fördern**

*Des Weiteren kritisiert das StuPa der HU die Stoßrichtung der in dem Entwurf vorgesehenen Änderungen. Aus ihnen spricht der Geist der letzten Jahre, der Studierende bestenfalls als Konsumierende sieht, die von Zeit zu Zeit mit Sanktionen diszipliniert werden und Hochschulen als Ausbildungsstätten für die Wirtschaft, die folgerichtig auch wirtschaftlich geführt werden müssen.*

*Ein gutes Beispiel für diesen Geist ist der Vorschlag, zukünftig Auflagen aus Zwangsberatungen und daraus folgende Zwangsexmatrikulationen gesetzlich vorzusehen. Bisher waren diese repressiven Regelungen an einigen Hochschulen zwar schon Realität, aber rechtlich umstritten, jetzt sollen sie berlinweit festgeschrieben werden. Das StuPa der HU hat sich immer gegen diese Praxis ausgesprochen, da hier Menschen für ihre individuelle Lebensgestaltung bestraft werden. In der Regel ist das Überziehen der Regelstudienzeit kein freiwilliger Entschluss, sondern wirtschaftlichen Zwängen und ähnlichen Umständen geschuldet. Doch auch wenn Menschen sich selbständig für eine längere Verweildauer an der Hochschule entschieden haben, gibt es keine nachvollziehbaren Gründe, sie unter Exmatrikulationsandrohung zum Abschluss ihres Studiums zu zwingen.*

*Bis zu diesem Gesetzentwurf war die Regelstudienzeit zumindest theoretisch ein Schutzmechanismus für die Studierenden, da sie die Hochschulen verpflichtete, Studiengänge anzubieten, die in einem absehbaren Zeitraum abgeschlossen werden konnten. Mit diesem Entwurf wird die Regelstudienzeit aber von einem (wenn auch leider nicht einklagbaren) Schutz zu einer Verpflichtung der Studierenden, ihre Studienzeit nicht zu überziehen.*

*Jeglicher Versuch, das Teilzeitstudium zu beschränken wird abgelehnt. Der Gesetzgeber hat statt dessen die HS zu verpflichten, über eine Verlängerung der Regelstudienzeit hinaus echte Angebote auszuarbeiten, welche die Vereinbarkeit des Studiums mit nebenberuflicher Tätigkeit, Kindern und kulturellen, bzw. sozialen Belastungen und politischen Betätigungen ermöglicht.*

*Der Versuch, Studierende als möglichst wenig selbst denkende, schnell ihr Studium abschließende Konsumierende neu zu definieren, zieht sich durch den ganzen Gesetzentwurf. So wurde die Zusammenlegung verschiedener Paragraphen genutzt, um stillschweigend §24 Absatz 2 aus dem BerIHG zu streichen. Dieser Absatz hatte bisher vorgeschrieben, dass mindestens ein Drittel des Studiums ohne jede Einschränkung frei wählbar zu sein hatte. Zwar wurde diese Vorschrift seit der*

*Einführung der BA/MA-Ordnungen kaum noch beachtet, war aber trotzdem immer noch ein Pfund, mit dem studentische Vertreter\_innen gegenüber den Instituts- und Fakultätsleitungen wuchern konnten. Durch die ersatzlose Streichung dieses Abschnitts beweist die Senatsverwaltung, dass sie entgegen aller ihrer vorherigen Beteuerungen im Studium nur noch eine Berufsausbildung ohne kritischen Anspruch sieht.*

*Auch die Art und Weise, wie diese Streichung vorgenommen wurde, spricht Bände. Für das StuPa der HU ist dies inakzeptabel. Anstatt den Paragraph 24 Absatz 2 kommentar- und ersatzlos zu streichen, muss er endlich wieder durchgesetzt werden.*

### **Demokratiedefizite abbauen**

*Auch abseits der Studienbedingungen zeigt sich die Rückschrittlichkeit des Gesetzentwurfes.*

*Seit Jahren wird der wenig demokratische Aufbau der Hochschulen im Land Berlin bemängelt. Die Gremienhochschule mit ihrer Beteiligung aller Statusgruppen sollte eigentlich demokratische Mitwirkung aller Hochschulmitglieder sicherstellen. Dieses Versprechen wird aber schon seit ihrer Einführung nicht eingehalten. Durch die Festschreibung der professoralen Mehrheit wird die kleinste Gruppe an der Universität, die auch schon durch andere Vorrechte privilegiert ist, weiter in ihrer Machtposition gestärkt, die Stimmen der anderen Statusgruppen sind damit de facto entwertet.*

*Die Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes wäre eine Möglichkeit, die Stimmverhältnisse in den Akademischen Gremien wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.*

*Der Rückzug auf das Bundesverfassungsgerichtsurteil aus dem Jahr 1973, das eine professorale Mehrheit in den wichtigsten Gremien vorschreibt, zeigt, dass kein Interesse besteht, die Demokratisierung der Hochschulen, immerhin früher einmal die „Schulen der Demokratie“ genannt, voranzutreiben. Statt es auf einen erneuten Rechtsstreit ankommen zu lassen, der gute Chancen hätte, die hahnebüchene Behauptung, die professorale Mehrheit folge zwingend aus der im Grundgesetz verankerten Freiheit der Wissenschaft endlich zu den Akten zu legen, wird hier der Status Quo zementiert.*

*Die Hochschulleitungen werden in ihrem Bestreben nach weiterer Entdemokratisierung der Hochschulen sogar noch bestärkt, in dem die sog. „Erprobungsklausel“, der Paragraph 7a, weiterhin im Gesetz belassen wird. Diese hat dafür gesorgt, dass in der Vergangenheit demokratische Mitbestimmungsrechte immer weiter eingeschränkt und die Präsidien zunehmend gestärkt wurden.*

*Aktuelle Vorhaben, noch mehr Macht auf die Leitungsebenen zu übertragen, sind zur Zeit an vielen Hochschulen zu beobachten, zum Beispiel auch im sog. „Zukunftskonzept“ der HU.*

*Während sich die Hochschulen also größtenteils wieder munter auf dem Weg zurück in die Ordinarienuniversität befinden, begnügt sich der Senat damit, von der Seitenlinie zuzusehen. Für das StuPa der HU ist klar, dass die Erprobungsklausel endlich fallen muss.*

### **Hochschulzugang ausweiten**

*Das Land Berlin hat es sich in der Vergangenheit sehr zu Gute gehalten, dass es auch Menschen ohne Abitur den Zugang zum Studium zumindest theoretisch ermöglicht hat. Mittlerweile haben aber alle anderen Bundesländer mit Berlin gleichgezogen, bzw. haben es überholt, was die Fortschrittlichkeit der Regelungen angeht. Auch im neuen Entwurf wird an den unsinnigen Eignungstests im zweiten Semester festgehalten. Dies ist völlig unnötig und gehört gestrichen! Die „Studierfähigkeit“ wird schon im Zulassungsverfahren festgestellt.*

### **Verfasste Studierendenschaften stärken**

Die Novelle des BerlHG wäre eine gute Möglichkeit gewesen, das allgemeinpolitische Mandat der Verfassten Studierendenschaften endlich unmissverständlich festzuschreiben. Bisher sieht das Gesetz zwar vor, dass die Organe der VS „auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung die politische Bildung, das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein und die Bereitschaft ihrer Mitglieder zur aktiven Toleranz sowie zum Eintreten für die Grund- und Menschenrechte zu fördern“ (§18, Absatz 2 BerlHG) haben, die Erfahrungen mit den Verwaltungsgerichten hat aber gezeigt, dass eine eindeutiger Formulierung dringend notwendig ist. Eine solche Formulierung ist aber im derzeitigen Entwurf nicht vorgesehen.

Dies sind nur wenige ausgewählte Kritikfelder am derzeitigen Entwurf für die Novelle des BerlHGs. Daher fordert das StuPa der HU, dass bei der weiteren Erarbeitung Studierende stärker als bisher einbezogen werden.

Gleichzeitig fordert das StuPa der HU das Präsidium der HU dazu auf, die in dieser Resolution genannten Punkte in die Stellungnahme der HU zur Novelle des BerlHG einfließen zu lassen und auch darüber hinaus Studierende ebenso wie Vertreter\_innen aller anderen Statusgruppen an der Ausarbeitung dieser Stellungnahme zu beteiligen.

Diese Resolution wird dem Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung als Stellungnahme des StuPas der HU zugestellt.

Weiterhin wird sie an das Präsidium der HU zugestellt.

Sie wird auf geeignetem Weg veröffentlicht.

## 6. Sonstiges

demnächst bitte pünktlich

Micha: Anregung: Anträge können nur drei mal zurückgenommen werden, wenn sie dreimal zurückgenommen wurden, gelten sie als abgelehnt

**Ende: 22:02 Uhr.**

Darstellung der Ergebnisse: Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen/ungültige.

**Für die Richtigkeit: das Präsidium,**  
Studenntenparlament  
der Humboldt-Universität zu Berlin  
Präsidium  
Unter den Linden 6  
10099 Berlin  
Tel. (030) 20 93 2603/2614  
Fax: (030) 20 93 2396

